

Sitzungsunterlagen

Sitzung des Integrationsrates der
Stadt Bergisch Gladbach
07.02.2019

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente	5
Niederschrift (öffentlich)	5
Anlage 1 zur Niederschrift: Anfrage zur Problemsituation auf dem Wohnungsmarkt	13
Anlage 1.1 zur Niederschrift: Beantwortung Anfrage zur Problemsituation auf dem Wohnungsmarkt	15
Anlage 2 zur Niederschrift: Tischvorlage AK Integrationsrat der SPD Fraktion	17
Anlage 3 zur Niederschrift: Teilnehmerverzeichnis 07.02.2019 / 17:00 - 18:00 Uhr	19

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

19.02.2019

Ausschussbetreuender Fachbereich

Soziale Stadtentwicklung

Schriftführung

Sabah Chahbari

Telefon-Nr.

02202-142690

Niederschrift

Integrationsrat der Stadt Bergisch Gladbach
Sitzung am Donnerstag, 07.02.2019

Sitzungsort

Rathaus Gladbach, Großer Sitzungssaal, Konrad-Adenauer-Platz 1, 51465 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 18:00 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Integrationsratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Berichte über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Integrationsrates am 22.11.2018
0003/2019**
- 4 Mitteilungen des Vorsitzenden**
- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 6 Budget des Integrationsrates**
0002/2019
- 7 Information über die aktuelle Flüchtlingssituation in Bergisch Gladbach**
0048/2019
- 8 Antrag auf die weitere Finanzierung von Deutschkursen für Frauen in der Kontaktstelle im Wohnpark Bensberg**
0033/2019
- 9 Antrag auf Weiterförderung der Kinderbetreuung im "DeutschLernTreff" in der Kontaktstelle im Wohnpark Bensberg durch den Integrationsrat der Stadt Bergisch Gladbach**
0015/2019
- 10 Antrag auf einen Zuschuss für das Mentorenprojekt Bergisch Gladbach**
0016/2019
- 11 Fortschreibung des Integrationskonzepts**
0047/2019
- 12 Konstituierende Vorbereitungssitzung für die Beteiligung an den Markttagen**
0004/2019
- 13 Veranstaltungen des Integrationsrates**
0005/2019
- 14 Anträge der Integrationsratsmitglieder**
- 15 Anfragen der Integrationsratsmitglieder**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Integrationsratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Basyigit, eröffnet die 23. Sitzung des Integrationsrates in der laufenden Wahlperiode und stellt fest, dass dieser ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde. Entschuldigt sind die Integrationsratsmitglieder Frau Dönmez und Herr Sladkowski, sowie Herr Dresbach, der von Frau Stauer vertreten wird. Zudem ist Frau Mrziglod als Vertretung für die Integrationsbeauftragte, Frau Chahbari, anwesend.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Die Niederschrift der vergangenen Sitzung wird mit einer Enthaltung genehmigt.

3. Berichte über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Integrationsrates am 22.11.2018 *0003/2019*

Herr Tillmann erläutert auf Anfrage von Frau Münzer, wie das Budget des Integrationsrates zusammengesetzt ist. Der Integrationsrat hat die Möglichkeit, in der nächsten Haushaltsberatung für das Haushaltsjahr 2021 eine Aufstockung zu beantragen.

4. Mitteilungen des Vorsitzenden

Herr Basyigit berichtet, dass er im Namen des Integrationsrates Herrn Dresbach eine Genesungskarte geschickt habe. Zudem informiert der Vorsitzende über die anstehende Vorstandssitzung des Landesintegrationsrates in der kommenden Woche mit dem Schwerpunktthema „Änderung des Gesetzentwurfs der Landesregierung Nordrhein-Westfalen“.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Tillmann informiert die Mitglieder des Integrationsrates über die Niederlegung des Mandates von Herrn Panzer. Der Sitz des Einzelkandidaten bleibt unbesetzt.

Herr Tillmann weist die Mitglieder des Integrationsrates auf ein Projekt aus dem Themenbereich Integration der Arbeiterwohlfahrt (AWO) hin (Tischvorlage Karte). In dem Projekt „Wie funktioniert Deutschland“ wurde mit jungen Geflüchteten ein Film gedreht. In dem Film zeigen junge Geflüchtete einen Einblick in ihren Alltag in der neuen Umgebung. Der Film „Story of my Life“ wird am 19. Februar 2019, um 18:30 Uhr, in der VHS Bergisch Gladbach gezeigt. Herr Tillmann bittet die Mitglieder, mit ihrer Teilnahme das Projekt zu unterstützen.

6. Budget des Integrationsrates

0002/2019

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

7. Information über die aktuelle Flüchtlingssituation in Bergisch Gladbach

0048/2019

Frau Tillmann weist die Mitglieder des Integrationsrates auf die Tischvorlage „Höhe der Integrationsquote“ hin. Eine Anfrage des Arbeitskreises „Integrationsrat“ der SPD-Fraktion mit der Frage zur Höhe der Integrationsquote.

Da der Personenkreis von Geflüchteten zum größten Teil vom Jobcenter betreut wird, beinhaltet die Tischvorlage „Integrationsquote des Jobcenters für die Stadt Bergisch Gladbach“ Daten des Jobcenters.

Zum Verständnis erläutert Frau Tillmann die Tabelle.

Die Abkürzung „JFW“ in der vorliegenden Tabelle bedeutet Jahresfortschrittswert. Das Jobcenter gibt die Anzahl der integrierten Personen in Prozent und absoluten Zahlen für den jeweiligen Monat im Jahr 2018 an. Die Aufstellung beginnt mit dem Monat Januar 2018 und endet im September 2018. Hier werden die Personen der acht herkunftsstärksten Länder berücksichtigt, dies sind im Durchschnitt 1129 Personen. In diesem Personenkreis sind arbeitslose und arbeitssuchende Personen, die drei oder mehr Stunden dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen können und demzufolge arbeitsfähig sind, erfasst. Frau Tillmann weist darauf hin, dass es sich bei den angegebenen Daten „Anzahl Integration JFW“, um versicherungspflichtige Tätigkeiten handelt. Des Weiteren ist der Tabelle zu entnehmen, dass die Anzahl der integrierten Personen in den Arbeitsmarkt von Januar 2018 mit 10 Personen bis September 2018 mit 220 Personen deutlich angestiegen ist.

Auf die Frage von Herrn Basyigit zu den angegebenen Prozentzahlen erläutert Frau Tillmann, dass von 1129 Personen, die beim Jobcenter gemeldet sind, 220 Personen bis September 2018 in versicherungspflichtige Arbeit vermittelt wurden oder sich selber um eine Arbeit bemüht haben.

Frau Tillmann bejaht die Frage von Herrn Cromme, ob unter „versicherungspflichtiger Arbeit“ auch eine Ausbildungsstelle gemeint sein kann.

Frau Tillmann verweist auf eine Veränderung in der Mitteilungsvorlage, dass sich die Sichtweise der Stadtverwaltung in Bezug auf die aktuelle Flüchtlingssituation und die freien Plätze in Katterbach, verändert haben. Auf der Grundlage, dass die Stadt Bergisch Gladbach derzeit ausreichend Reserven zur Unterbringung bei neuen Zuweisungen habe, ist das Ziel der Integration, die Menschen zu eigenem Wohnraum zu verhelfen.

In diesem Zusammenhang wird es in der nächsten Zeit weitere Informationen geben. Frau Tillmann bittet alle Mitglieder bei der Vermittlung Neuzugewanderter in eigenen Wohnraum zur unterstützen und macht nochmals deutlich, wie erfolgreich die Vermittlung in den letzten Jahren war, wenn Ehrenamtler/innen bei der Vermittlung unterstützt hatten.

Herr Tollih macht auf den grundsätzlich schwierigen Wohnungsmarkt in Bergisch Gladbach aufmerksam.

Frau Münzer habe die Erfahrung gemacht, dass große Wohnungen für Familien mit bis zu fünf Kindern schwierig zu bekommen seien und sich der Wunsch einer großen Wohnung schwer realisieren lasse.

Zum Thema Wohnungsmarkt macht Frau Heidberg-Schwettmann darauf aufmerksam, dass es auch für nicht geflüchtete Menschen extrem schwierig sei, eine Wohnung zu bekommen. Dies gilt für Studierende, die eine kleine Wohnung suchen und für Familien mit mehreren Kindern im

Besonderen. Für Familien mit Migrationshintergrund und/oder Fluchterfahrung ist es noch einmal schwieriger.

Herr Tollih bestärkt die Aussage von Frau Heidberg-Schwettmann, dass es eine Bevorzugung bei der Vergabe von Wohnraum von Menschen ohne Migrationshintergrund gebe.

Herr Cromme stellt noch die Frage zu der Tischvorlage, ob die angegebenen Zahlen im Vergleich positiv oder negativ zu werten seien.

Der Vorsitzende, Herr Basyigit, ergänzt die Frage von Herrn Cromme nämlich, dass es interessant sei, die Daten mit einer Stadt zu vergleichen, die ähnlich groß wie Bergisch Gladbach sei.

Frau Heidberg-Schwettmann gibt zu bedenken, dass es nicht genüge, zwei ähnlich große Städte zu vergleichen. Es mache einen Unterschied, ob eine Stadt viel Industrie besitzt und dadurch Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, denn hier kann die Integration höher ausfallen. Bergisch Gladbach zeige mit seiner Nähe zu Köln Tendenzen einer Pendlerstadt. Das macht es für Bergisch Gladbach schwieriger, mehr Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Vor diesem Hintergrund möchte Frau Heidberg-Schwettmann darauf hinweisen, dass die Daten für Bergisch Gladbach positiv zu bewerten seien.

Sie legt nahe, dass der Arbeitsaufwand für die Datenbeschaffung über die Stadtverwaltung bedacht werden sollte, die möglicherweise zu keiner Klarheit verhilft.

Herr Tollih pflichtet in diesem Punkt Frau Heidberg-Schwettmann bei und ergänzt, dass diese (Arbeits-) Zeit in möglichen Maßnahmen zur Integration in den Arbeitsmarkt des Personenkreises genutzt werden könnte.

8. Antrag auf die weitere Finanzierung von Deutschkursen für Frauen in der Kontaktstelle im Wohnpark Bensberg
0033/2019

Herr Tollih regt im Zuge der Öffentlichkeitsarbeit an, das Projekt „Deutschkurs für Frauen“, welches bereits im letzten Jahr vom Integrationsrat unterstützt wurde, publik zu machen. Die Idee ist, gemeinsam mit dem Projekt eine Pressemitteilung zu veröffentlichen.

Der Beschlussvorlage wird einstimmig zugestimmt.

9. Antrag auf Weiterförderung der Kinderbetreuung im "DeutschLernTreff" in der Kontaktstelle im Wohnpark Bensberg durch den Integrationsrat der Stadt Bergisch Gladbach
0015/2019

Herr Cromme möchte wissen, weshalb es zwei getrennte Vorlagen zu einem Projekt gibt.

Frau Münzer erklärt, dass die Begrifflichkeit ungünstig gewählt sei. Es handele sich in den beiden Vorlagen um das gleiche Projekt „DeutschLernTreff“. In der ersten Beschlussvorlage geht es um die Finanzierung des Deutschkurses im „DeutschLernTreff“ und in der zweiten Beschlussvorlage um die Kinderbetreuung des Deutschkurses im „DeutschLernTreff“.

Herr Tollih vergewissert sich, dass der Kurs einmal wöchentlich stattfindet und regt an, einen weiteren Termin einzurichten, der mit den Mitteln des Integrationskonzeptes finanziert werden soll.

Frau Münzer gibt unterschiedliche Punkte zu bedenken. Die Kosten würden sich verdoppeln. Beiden Lehrerinnen sind neben ihrer Tätigkeit in der KiWo in weiteren Projekten mit Geflüchteten tätig. Möglicherweise können sie keine weiteren Termine anbieten. In diesem Fall müsste nach weiteren Lehrerinnen gesucht werden.

Frau Münzer bietet an, dies in Erfahrung zu bringen und auch nach den räumlichen Kapazitäten in der KiWo zu schauen.

Herr Samirae stimmt den Ansichten von Herrn Tollih zu und schlägt vor, die Beschlussvorlage dahingehend zu ändern, mit dem Beschluss auch die Erweiterung auf einen weiteren Termin in der Woche und die damit verbundenen Mehrkosten zu verabschieden.

Herr Basyigit schlägt vor, die Erweiterung nach Absprache mit dem Träger GL Service gGmbH und der Leitung der KiWo in der nächsten Sitzung zu beschließen.

Frau Heidberg-Schwettmann gibt zu bedenken, dass die doppelten Ausgaben möglicherweise den Handlungsspielraum für zukünftige Projekte einschränken könnten. Zwei zusätzliche Lehrerinnen die einen weiteren Kurs anbieten, könnte möglicherweise eine gegenseitige Behinderung bedeuten. Dies würde wenig Sinn machen, zumal der Bedarf nicht geklärt sei.

Herr Tollih schlägt einen Änderungsantrag vor, dem der Integrationsrat vorbehaltlich zustimmen kann, da nicht bekannt ist wie hoch der Restbetrag im Integrationskonzept sei.

Herr Tillmann macht den Vorschlag, mit dem Träger GL Service gGmbH und der KiWo Rücksprache zu halten. Die GL Service gGmbH müsste gefragt werden, ob sie Möglichkeiten sieht, das Angebot zu erweitern und der Raum zur Verfügung stünde. Aus diesem Grund sollten diese Rahmenbedingungen vorher geklärt werden.

Für Herrn Cromme geht es aus der Beschlussvorlage nicht eindeutig hervor, ob die Mittel aus dem Budget des Integrationsrates oder aus dem Konzept des Integrationsrates finanziert werden sollen.

Herr Tillmann erklärt, dass beide Anträge aus dem Integrationskonzept zu finanzieren seien.

Herr Weber möchte wissen wie hoch der Restbetrag im Integrationskonzept ist.

Der Beschlussvorlage wird mehrheitlich mit einer Enthaltung zugestimmt.

10. Antrag auf einen Zuschuss für das Mentorenprojekt Bergisch Gladbach *0016/2019*

Herr Krasniqi bringt eine Frage aus dem Arbeitskreis „Integrationsrat“ der SPD-Fraktion mit. Die Fraktion hält die 5000€ für eine sinnvolle Investition und stellt die Frage, ob es weitere Finanzierungsmöglichkeiten geben könnte. So könnte der Integrationsrat den Differenzbetrag von 6.000€ für das Projekt mit einem Stellenumfang von 19,5 Stunden zusätzlich bezuschussen, damit die bestehende und erfolgreiche Arbeit des Mentorenprojektes fortgeführt werden kann.

Herr Tillmann führt aus, dass alle Beteiligten einstimmig das Mentorenprojekt mit 19,5 Stunden/Stelle erhalten möchten. Die evangelische Kirchengemeinde ist Träger des Mentorenprojektes, dessen Kosten sich für das Jahr 2019 auf rund 28.000€ belaufen. Von Seiten der Landeskirche werden 7.000€ bereitgestellt, sollte der Integrationsrat dem Beschluss zustimmen sind weitere 5.000€ gesichert. Die evangelische Kirchengemeinde selbst hat einen Zuschuss von 10.000€ zugesichert, so dass ein Defizit von 6.000€ besteht. Diese müssen entweder „eingespielt“ oder der Stellenumfang müsse entsprechend reduziert werden.

Herr Tollih bedankt sich für die Ausführung von Herrn Tillmann und weist darauf hin, dass es wichtig sei zu wissen, wieviel Mittel dem Integrationsrat aus dem Integrationskonzept noch zur Verfügung stehen.

Er schlägt vor, den Differenzbetrag von 6000€ zusätzlich aus den Mitteln des Integrationskonzepts zu finanzieren.

Der Beschlussvorlage wird einstimmig zugestimmt.

11. Fortschreibung des Integrationskonzepts
0047/2019

Herr Tillmann erläutert die Mitteilungsvorlage.

12. Konstituierende Vorbereitungssitzung für die Beteiligung an den Markttagen
0004/2019

Der Vorsitzende Herr Basyigit erläutert die Vorlage und bittet um die Teilnahme der Integrationsratsmitglieder.

Herr Weber, Herr Ljura und Frau Münzer merken an, dass der Termin zur Vorbereitung auf den Wochenmarkt zu einer Terminüberschneidung führt und bitten um einen Ausweichtermin.

Herr Basyigit macht das Angebot, über Frau Chahbari den Mitgliedern des Integrationsrates in der kommenden Woche einen Auswahltermin zukommen zu lassen.

Herr Cromme möchte wissen, was auf dem Wochenmarkt präsentiert werden soll.

Herr Basyigit erklärt, dass es in erster Linie darum ginge den Integrationsrat vorzustellen und auf mögliche Fragen und Anregungen der Passanten einzugehen.

Frau Stauer spricht in diesem Kontext die Thematik Kommunalwahlen im Jahr 2020 an. Herr Basyigit erklärt, dass auch der Integrationsrat neu gewählt werden würde und das Thema Kommunalwahlen ein wichtiger Gegenstand im Aufgabenbereich des Integrationsrates sei. Bereits unter dem Vorsitzenden Herrn Faber hatte der Integrationsrat versucht mit dem Ziel „Zugang in den Parteien“ Kontakt zu den einzelnen Fraktionen zu erhalten.

13. Veranstaltungen des Integrationsrates
0005/2019

Herr Basyigit bittet die Mitglieder des Integrationsrates bis Ende Februar ihre Themen, Ideen und Vorschläge per E-Mail der Integrationsbeauftragten Frau Chahbari mitzuteilen.

14. Anträge der Integrationsratsmitglieder

Es werden keine Anträge gestellt.

15. Anfragen der Integrationsratsmitglieder

Herr Samirae möchte in Zukunft auf papiergebundene Sitzungsunterlagen des Integrationsrates verzichten.

Herr Cromme macht auf die 10 jährige Jubiläumsfeier von MiKibU aufmerksam und lädt den Integrationsrat dazu ein. Er schlägt vor, in einer Sitzung des Integrationsrates oder auch außerhalb, eine Präsentation von der Arbeit des Projektes MiKibU mit dem Ziel zu halten, Sponsoren und Mentoren zu finden. Eine schriftliche Einladung wird nachgereicht.

Termin: Dienstag 25. Juni 2019

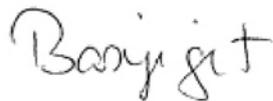
Zeit: 15:00 Uhr
Ort: Bergischer Löwe

Frau Heidberg-Schwettmann erklärt, dass die Mitglieder des Integrationsrates das eigene Projekt MiKibU kennen und es möglicherweise zweckmäßiger sei, das Projekt im nächsten Jahr nach den Kommunalwahlen, wenn sich der Integrationsrat neu zusammensetzt, vorzustellen.

Frau Münzer entschuldigt ihre Abwesenheit für die nächste Sitzung und wird ihre Vertretung, Herrn Dr. Bernhauser, darüber informieren, statt ihrer an der Sitzung teilzunehmen.

Herr Tollih vermisst die Beantwortung der Anfrage von Herrn Sladkowski aus der letzten Integrationsratssitzung zum Thema „Probleme auf dem Wohnungsmarkt“.

Herr Tillmann erklärt, dass die Anfrage von Herrn Sladkowski von verschiedenen Fachbereichen beantwortet werden musste und aufgrund der Umfänglichkeit der Problematik diese nicht zeitgerecht eingereicht werden konnte. Mit dem Hinweis in der Mitteilungsvorlage „wird der Niederschrift beigefügt“ ist die aktuelle Sitzung gemeint. Die schriftliche Beantwortung der Fragestellung wird der Niederschrift beigefügt.



Vorsitzender S. Basyigit



Schriftführung S. Chahbari

**Anfrage an die Stadt Bergisch Gladbach
der Demokratische Liste im Integrationsrat der Stadt Bergisch Gladbach
an die Verwaltung der Stadt Bergisch Gladbach
zu den Problemen auf dem Wohnungsmarkt.**

15.11.2018

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im Namen der Demokratischen Liste im Integrationsrat der Stadt Bergisch Gladbach bitten wir Sie, nachfolgende Anfrage in die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung aufzunehmen und uns die folgende Fragen zu beantworten:

Anfragegegenstand

Gedenkt die Stadt Bergisch Gladbach in der laufenden Legislaturperiode regulierende Maßnahmen zur Vermeidung des Missbrauchs des Wohnraums als Zeitunterkünfte zu beschließen?

Auf welche Weise, d.h. mit welchen Maßnahmen, Konzepten und Projekten wirkt die Stadt gegen die Knappheit des Wohnraums in Bergisch Gladbach?

Auf welche Weise, d.h. mit welchen Maßnahmen, Konzepten und Projekten wirkt die Stadt gegen die Überbelegung der Wohnungen durch Bettenvermietung an EU-"Selbständige" und EU-Wanderarbeiter.

Gibt es seitens der Feuerwehr gezielte Überprüfung der Sicherheit und Gewährleistung von Flucht- und Rettungswege sowie Brandschutz / Brandmeldeanlagen bei diesen Zeitunterkünften - ähnlich wie bei den Hotelbetrieben?

Oder scheitert es bereits daran, dass es kein verpflichtendes, städtisches Verzeichnis der Zeitunterkünfte gibt?

Als solche regulierenden Massnahmen können wir uns folgende Verordnungen vorstellen:

- Pflicht zur Anmeldung von Ferienunterkünften / zeitweise vermieteten Wohnraums beim Ordnungsamt
- Zweitwohnungssteuer und Begrenzung der Vermietung der Zweitwohnsitze (auf z.B. 30-90 Tage / Jahr, wie zum Bsp.in Köln und Berlin (s. Anlage1).
Der kommunale Anteil der Einkommenssteuer wird im Übrigen nur an die Kommune der Erstwohnsitzes gezahlt).
- Begrenzung der Zweckentfremdung des Wohnraums als Ferienwohnungen, Zweitwohnungen und Monteurszimmer (und **Schutz der überwachten, legalen und steuerzahlenden Hotellerie**) z.B.
 - durch Überprüfung der feuerschutztechnischen Eignung der Unterkünfte
 - Begrenzung der zulässigen Vermietungstage im Jahr auf z.B. 30 Tage / Jahr und eine jährliche **Genehmigungsgebühr**.
- Begrenzung der Möglichkeit einer Anmeldung von Wohnsitz in einer Wohnung / Haus auf 1 Person auf mindestens 20m² und mindestens 10m² je weitere Person.

Begründung

Auf den Vermittlungsportalen, wie Airbnb, Wimdu, 9flats. mein monteurzimmer aber auch Hotelierportale, wie Booking.com werden Ferien- und Messewohnung, sowie Monteurszimmer in Bergisch Gladbach angeboten.

Diese Schwächen die Hotelierbetriebe in Bergisch Gladbach und entziehen gleichzeitig dem Wohnungsmarkt Wohnraum und verteuern diesen unangemessen.

Es sind Häuser und Wohnungen -oft der ältesten Baujahre und dementsprechenden, veralteten Sicherheitsstandards- die dem Wohnungsmarkt entzogen werden und teuer -teilweise das ganze Jahr über- an verschiedene Personengruppen (kölner Medizintouristen, Messebesucher, Touristen, Wanderarbeiter, Pendler nach Köln) vermietet werden.

Durch die wohnungsmarktregularischen Massnahmen der Stadt Köln wurde der Druck auf den Bergisch Gladbacher Wohnungsmarkt als Kölner Schlafsaal noch weiter erhöht.

Gleichwohl hier auch Sicherheitsbedenken bestehen können, da solche Wohnungen und Häuser im Gegensatz zu offiziellen Hotel- und Pensionsbetrieben keiner Überprüfung seitens der Feuerwehr stattfindet (Fluchtwege, Feuerschutz, ...) - ist dies nicht die Aufgabe des Integrationsrates, aber ...

Deutsche, wie auch ausländische Bewohner der Stadt -insbesondere die in den letzten Jahren hinzugezogenen Flüchtlinge haben ein Problem einen bezahlbaren Wohnraum zu finden.

Teilweise, um sich lange Anfahrtswege und damit verbundenen Kosten zu ersparen, übernachteten sie in Büros und Hinterzimmer der Handwerksbetriebe, da sie keinen bezahlbaren Wohnraum zwecks Umzug finden.

Welche weiteren Konsequenzen dies im Verhältnis Arbeitgeber und Arbeitnehmer und die Sicherheit hat, braucht hoffentlich keiner Vertiefung.

Hinzu kommt die Problematik der EU Ausländer, die über Monate in Bergisch Gladbach übernachteten, im Raum Köln arbeiten und quasi illegal, gleichwohl freiwillig kaserniert werden. Es werden Ihnen Mehrbettzimmer mit Etagenbetten angeboten, die teilweise zu Wucherpreisen von bis zu 600 Euro / Monat und Bett untervermietet werden.

Letztendlich hat auch die Vermietung von Reihenhäusern und Wohnungen als Zeitunterkunft auch Auswirkungen auf die Nachbarschaft und das soziale Mikrogefüge. Auf diese Problematik hat die Presse bereits öfter versucht die Politik aufmerksam zu machen: <https://goo.gl/gQjQLC> .

Da die "Zeitwohnenden" keinen Bezug zu der Nachbarschaft nehmen sie dementsprechend selten auf diese auch Rücksicht.. Dadurch entstehen besondere Lärmbelästigungen - auch weil die "Zeitwohnenden" einen anderen Tagesrhythmus und Aufenthaltsprioritäten haben als die arbeitenden Einwohner.

Für eine schriftliche Beantwortung der Frage wäre ich verbunden

Mit herzlichem Gruss

Thomas Sladkowski
Integrationsratsmitglied (Demokratische Liste)

Anlage1

Anfragegegenstand

1. Gedenkt die Stadt Bergisch Gladbach in der laufenden Legislaturperiode regulierende Maßnahmen zur Vermeidung des Missbrauchs des Wohnungsraums als Zeitunterkünfte zu beschließen?

Beantwortung durch den Fachbereich 2 Finanzen

Um regulierende Maßnahmen zur Vermeidung der Verwendung von Wohnraum als Zeitunterkünfte vornehmen zu können, müsste der Rat der Stadt Bergisch Gladbach eine sogenannte „Wohnraumschutzsatzung“ beschließen.

Die Ermächtigung, dieses zu tun, findet sich im Wohnungsaufsichtsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen. Bedingung ist, dass die Kommune Gebiete mit erhöhtem Wohnungsbedarf (einem angespannten Wohnungsmarkt) definiert.

Entsprechend dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit einer solchen Eingriffsregelung sollte die Kommune aber auch berücksichtigen, in welchem Maß die Zweckentfremdung in der Kommune ein Problem darstellt. Eine derartige Zweckentfremdung könnte in einem Leerstand von Wohnraum mit einer Dauer von mehr als drei Monaten, in einer Nutzung von Wohnraum als Gewerbe oder in einer Vermietung von Wohnraum als Zeitunterkunft bestehen.

Der Stadtverwaltung liegt zwar kein belastbares statistisches Material zu diesen „Missbrauchstatbeständen“ vor, aber problematische Sachverhalte in nennenswertem Ausmaß sind ihr auch nicht bekannt geworden. Zu den von der Demokratischen Liste explizit angesprochenen „Zeitunterkünften“ ist festzustellen, dass ein derartiges Angebot (Ferienwohnungen oder airbnb) in Bergisch Gladbach nur in bescheidenem Ausmaß vorhanden ist.

Diese Situation in Bergisch Gladbach ist nicht untypisch für Nordrhein-Westfalen. Die meisten Städte – selbst die, die zur Gebietskulisse der Kappungsgrenzenverordnung und Mietpreisbremse gehören – haben keine derartige Wohnraumschutzsatzung erlassen. Es scheint sich eindeutig um ein Problem der Kernstädte in Ballungsräumen (wie beispielsweise Köln, Dortmund, Bonn) zu handeln.

2. Auf welche Weise, d.h. mit welchen Maßnahmen, Konzepten und Projekten wirkt die Stadt gegen Knappheit des Wohnungsraums in Bergisch Gladbach?

Beantwortung durch den Fachbereich 6-60 Stadtentwicklung | Strategische Verkehrsentwicklung

Als ein erster Schritt für die Schaffung von mehr Wohnraum in der Stadt wurde im November 2018 der neue Flächennutzungsplan vom Rat der Stadt beschlossen, der eine Reihe von neuen Wohnbauflächen im Stadtgebiet vorsieht. Dieser Plan muss noch von der Bezirksregierung Köln genehmigt werden, bevor er rechtswirksam wird und Bebauungspläne für diese Flächen aufgestellt werden können.

In diesem Jahr soll das Baulandmodell der Stadt überarbeitet werden, um u.a. Bauflächen nicht mehr (nur) zum Höchstangebot zu veräußern. Auch soll ein Handlungskonzept Wohnen erarbeitet werden, das die Grundlage dafür dargestellt, in Bebauungspläne auch einen Anteil an geförderten Wohnungsbau festzusetzen.

3. Auf welche Weise, d.h. mit welchen Maßnahmen, Konzepten und Projekten wirkt die Stadt gegen die Überlegung der Wohnungen durch Bettenvermietung an EU-„Selbständige“ und EU-Wanderarbeiter.

Beantwortung durch den Fachbereich 6 – Planen und Bauen

Sofern die Bauaufsicht Kenntnis darüber erlangt, dass ein nach Aktenlage als ein mit rein wohnlicher Nutzung genehmigtes Gebäude in Teilen oder in Gänze als Ferienwohnung genutzt wird, schreitet sie ordnungsbehördlich ein. Denn im Grundsatz müssen Nutzungsänderung durch vorherige Baugenehmigung legalisiert werden. So verändert sich hier die Nutzungsart des Gebäudes, wenn entgegen der erteilten Baugenehmigung die Räumlichkeiten als Ferienwohnung gewerblich kurzfristig vermietet werden.

4. Gibt es seitens der Feuerwehr gezielte Überprüfung der Sicherheit und Gewährleistung von Flucht- und Rettungswege sowie Brandschutz / Brandmeldeanlagen bei diesen Zeitunterkünften – ähnlich wie bei den Hotelbetrieben?
Oder scheitert es bereits daran, dass es kein verpflichtendes, städtisches Verzeichnis der Zeitunterkünfte gibt.

Beantwortung durch den Fachbereich 3-37 Feuerwehr

Da es sich bei den "Zeitunterkünften" i.d.R. um ungenehmigte Zweckentfremdung von Wohnraum handelt sind diese bei der Feuerwehr der Stadt Bergisch Gladbach nicht bekannt und werden daher auch nicht einer Brandschau unterzogen.

Formal müssten die "BetreiberInnen" einen Antrag auf Nutzungsänderung stellen und je nach Anzahl und Unterbringungsart der "BewohnerInnen" könnte die Beherbergungsstättenverordnung (BeVo) greifen.

Beantwortung durch den Fachbereich 6 – Planen und Bauen

Entsprechend ist die Nutzungsänderung bei der Bauaufsicht zu beantragen. Hierbei müssen die Anforderungen des Baurechts – insbesondere auch des Brandschutzes – eingehalten werden. Im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens wird von der Bauaufsicht die Nutzungsänderung dann als Vorhaben auf seine bauplanungsrechtliche als auch bauordnungsrechtliche Zulässigkeit geprüft und ggf. – auch mit Auflagen – genehmigt. Sofern sich im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens oder bereits auch im Vorfeld eines Baugenehmigungsverfahrens keine Genehmigungsfähigkeit einstellt, greift die Bauaufsicht mit Untersagung der Nutzung ein.

Beantwortung durch den Fachbereich 3 – Bürgerbüro

In den Melderegistern der Stadt Bergisch Gladbach sind die Anschriften nicht mit der Quadratmetergröße hinterlegt, sodass eine Prüfung nicht erfolgen kann.

Zudem ist nicht ersichtlich, wie viele Personen sich in einer Wohnung aufhalten, da eine Aufteilung der Haushalte nicht erfolgt.

Tischvorlage für die Sitzung des Integrationsrates der Stadt Bergisch Gladbach am 07. Februar 2019

Anfrage des Arbeitsrates „Integrationsrat“ der SPD-Fraktion im Stadtrat vom 05. Februar 2019: Liegen Erkenntnisse zur Höhe der Integrationsquote vor?

Integrationsquote des Jobcenters für die Stadt Bergisch Gladbach

Wie versprochen erhalten Sie in der untenstehenden Tabelle die vom Jobcenter Rhein-Berg realisierte

- Anzahl der Integrationen und
- Integrationsquote der elb (erwerbsfähigen Leistungsberechtigten) aus den 8 herkunftsstärksten Ländern, die zum Zeitpunkt der Integration in Bergisch Gladbach wohnten.

Im Fluchtkontext betrachtet man die elb aus den acht herkunftsstärksten Ländern.

Das Element „Asyl Flucht“ liefert die aggregierten Daten der acht Herkunftsländer außerhalb von Europa (Arabische Republik Syrien, Afghanistan, Eritrea, Irak, Islamische Republik Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia).

Leider habe ich keine Möglichkeiten die Ergebnisse der Bundesagentur für Arbeit (BA) Bergisch Gladbach zu liefern. Auch blieb meine Anfrage beim Statistik-Service Düsseldorf ergebnislos.

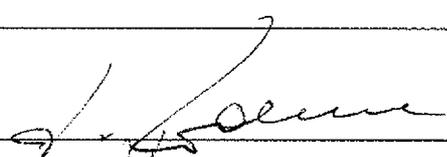
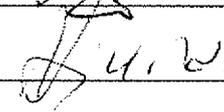
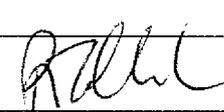
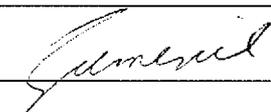
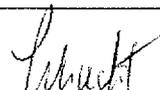
**05378004 Bergisch Gladbach,
Stadt**

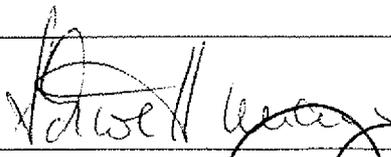
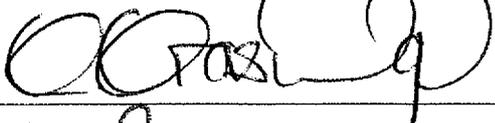
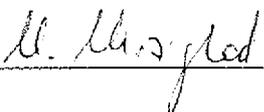
Staatsangehörigkeit Asyl	Metriken	Jan 18	Feb 18	Mär 18	Apr 18	Mai 18	Jun 18	Jul 18	Aug 18	Sep 18
		Integrationsquote JFW								
Asyl Flucht	Anzahl Integrationen JFW	0,9%	2,6%	5,1%	6,4%	8,3%	9,5%	11,4%	15,6%	19,5%
		10	29	56	71	92	106	128	175	220

Stadt Bergisch Gladbach

Teilnehmerverzeichnis

Gremium Tag der Sitzung Ort der Sitzung Dauer
 Integrationsrat 07.02.2019 Rathaus Bergisch Gladbach 17.00 Uhr - 18^{Uhr}

Gewählte Mitglieder	(persönliche) Stellvertreter	Unterschrift
Adjano, Ekue entschuldigt	Senel Karakus	
Basyigit, Saim		Basyigit
Celik, Özlem		
Iyilik, Bülent	Dirk Cromme	
Ljura, Adnan		
Dönmez, Melisa		
Sladkowski, Thomas		
Tollih, Redouan		
Canales Suazo, Elda Bussy	Kunze, Thomas	
Panzer, Martin entschuldigt		
Samirae, Frank		
Vom Rat bestellte Mitglieder		
Münzer, Mechtild	Dr. Bernhauser, Johannes	
Schacht, Rolf-Dieter	Casper, Claudia	

Heidberg-Schwettmann, Diana	Holtzmann, Petra	
Krasniqi, Kastriot	Holz-Schöttler, Brigitte	
Dresbach, Erich entschuldigt	Stauer, Ute	
Schütz, Fabian	Heuser, Wolfgang	
Weber, Dirk	Scheerer, Anna Maria	
Mitglieder der Verwaltung		
Hellwig, Sabine		
Tillmann, Christiane		
Chahbari, Sabah		
Uwe Tillmann		
Nicole Mezger		
Gäste		

